



Landespressekonferenz am 29.05.2017, 11:00 Uhr, Stuttgart
Vorstellung der Forsa-Repräsentativbefragung
„Inklusion an Schulen aus Sicht der Lehrkräfte in Baden-Württemberg und
Deutschland

–
Meinungen, Einstellungen, Erfahrungen“

im Auftrag des VBE Baden-Württemberg und des VBE Bundesverbandes

Sprechzettel von Gerhard Brand
Landesvorsitzender VBE Baden-Württemberg
Stellvertretender Bundesvorsitzender VBE

-Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrte Damen und Herren,

dauernd wird über Inklusion gesprochen und immer wieder wird die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert. Meist Artikel 24 „Bildung“, seltener Artikel 7 „Kinder mit Behinderungen“ – dabei machen die Ausführungen in Artikel 7 den Artikel 24 erst rund. Das heißt: Teilhabe und Teilnahme am allgemeinen Bildungssystem zu garantieren und Diversität als Chance anzunehmen. Gerade Letzteres gilt für die ganze Gesellschaft, nicht nur für die Schule.

Doch so klar die Zustimmung zum Grundgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention auch ist, so unklar bleibt deren Umsetzung. Vielerorts erleben wir, wie die Politik auf zu neuen Ufern will. In Sonntagsreden werden die Vorteile auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft betont, die soziale Verantwortung wird unterstrichen und mehr Gerechtigkeit durch inklusive Klassen soll den Grundstein legen. Romantisch gedacht, denn die Realität sieht anders aus!

In den letzten Wochen hat der VBE den Kinostart des Films „**Ich. Du. Inklusion**“ unterstützt. Der Film zeigt, wie die Umsetzung der Inklusion in der Realität aussieht. Und wir haben die von uns in Auftrag gegebene **Expertise von Professor Ahrbeck** zur Frage „Welchen Förderbedarf haben Kinder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen?“ veröffentlicht.

Beide Projekte kommen zum gleichen Ergebnis:

Inklusion wird nicht gelingen, wenn eine Lehrkraft alleine, ohne Unterstützung durch weitere Professionen und nicht ausreichend fortgebildet, in zu großen Klassen und zu kleinen Räumen zu viele Kinder mit äußerst unterschiedlichen Bedürfnissen gleichzeitig unterrichten muss!



Mit der heute veröffentlichten forsa-Umfrage, die erneut im Auftrag des VBE durchgeführt wurde, wollen wir ein aktuelles Bild der schulischen Realität vermitteln. Ein Bild, an dem sich Politik reiben kann und muss.

Die hoch repräsentative forsa-Umfrage wurde bundesweit mit Stichproben für Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und, neu dabei: Thüringen, durchgeführt.

Es wurden 2.050 Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen befragt, davon 500 in Baden-Württemberg, von denen wiederum 96 Lehrkräfte selbst in inklusiven Klassen unterrichten. Wir können die Ergebnisse mit der erstmaligen Erhebung von 2015 vergleichen. Aber auch mit den Zahlen von 2016, die nur für Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erhoben wurden.

Begonnen haben wir mit der Erhebung der Daten bereits 2013, damals über infratest dimap. Ein vergleichbares Format, und somit den Einstieg in eine Längsschnittuntersuchung, haben wir erst seit 2015 mit forsa.

**Das Fazit gleich vorweg:
Die Lehrkräfte strafen bundesweit ihre Landesregierungen ab.**

So erhält die Politik in Baden-Württemberg die Note 4,5 für die Personalausstattung zur Umsetzung der Inklusion. In diesem Bereich besteht also dringender Nachbesserungsbedarf für die Landesregierung. Die permanente Doppelbesetzung mit Lehrkraft und Sonderpädagoge muss der Regelfall bei der inklusiven Beschulung sein!

Anmerkung:

Wir haben rund 550 Sonderschulen, öffentlich, wie privat, mit insgesamt rund 15.000 Lehrkräften. Wir haben einen permanenten Abmangel von 7 bis 8 Prozent an Sonderpädagogen. Das heißt, allein um den Direktbereich versorgen zu können, ist ein zusätzlicher Bedarf von etwas mehr als 1.000 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen notwendig. Die einzurechnende Krankheitsstellvertreterreserve beträgt mindestens weitere 5 Prozent, also weitere 750 Lehrkräfte. Da haben wir noch gar nicht über ein permanentes Zwei-Pädagogen-Prinzip gesprochen. Um das gewährleisten zu können, müssen wir den Bedarf aus dem Direktbereich locker mal zwei nehmen. Und wir haben auch noch nicht über multiprofessionelle Teams, also über Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, über Schulgesundheitsfachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gesprochen. Profis, die wir mindestens in gleicher Anzahl zusätzlich benötigen. Ich hatte Ihnen bei der vorangegangenen Studie gesagt, wir benötigen, über alles, 4.700 zusätzliche Fachkräfte, davon mindestens 2.700 Sonderpädagogen. Daran hat sich nichts geändert! Sie hatten gefragt, was es kostet, der VBE hat gerechnet: Inklusion, die den Kindern gerecht wird, kostet das Land Baden-Württemberg in der personellen Ausstattung knapp 200 Millionen Euro pro Jahr (bei ausschließlich Volldeputaten wären es 280 Millionen, das ist aber nicht nötig und auch nicht üblich, rund zwei Drittel sind ausreichend, also knapp 200 Millionen Euro). Und ich zeige mich an dieser Stelle sehr unbeeindruckt gegenüber den Aufschreien aus dem Finanzministerium: Wenn Inklusion gelingen soll, dann kostet es das und wenn das Land dazu nicht bereit ist, dann zahlen unsere Kinder die Zeche. Und noch ein Wort dazu: Bei einem Landeshaushalt von 48 Milliarden in 2017 sprechen wir gerade einmal



über 0,42 Prozent. Das ist so, wie wenn Sie sich jeden Tag zwei Tageszeitungen leisten. Das bringt Sie nicht um, da geht alles andere auch noch.

Wie sieht es mit der Einstellung der Lehrkräfte zu Inklusion und dem Erhalt von Förderschulen aus?

Trotz der aktuell schlechten Rahmenbedingungen spricht sich eine Mehrheit der baden-württembergischen Lehrkräfte für den gemeinsamen Unterricht aus. Allerdings nur unter optimalen Bedingungen. Dann halten 57 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg gemeinsamen Unterricht für sinnvoll. Das entspricht ungefähr dem Bundeswert.

2015 sprachen sich in Baden-Württemberg noch 66 Prozent für inklusive Lerngruppen aus. Mit inklusiven Lerngruppen an der eigenen Schule steigt der Anteil der Zustimmung zur Inklusion allerdings um 11 Prozent. Dennoch ist offenkundig, **dass Vertrauen in die inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern verloren gegangen ist**, denn mehr als ein Drittel der Lehrkräfte bevorzugen auch unter optimalen Bedingungen die Unterrichtung in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren.

Offen und ohne Vorgaben **nach den Gründen gefragt, die für Inklusion sprechen**, nannten die Lehrkräfte die Förderung sozialer Kompetenzen, das soziale Lernen und die Förderung von Toleranz. Jedoch hat auch etwa ein Fünftel Bedenken, weil sie Nachteile für nicht-behinderte Kinder befürchten oder glauben, dass behinderte Kinder überfordert oder frustriert werden.

Als Grund gegen eine inklusive Beschulung geben viele an, dass die Voraussetzungen an den Schulen fehlen. 17 Prozent bemängeln fehlendes Fachpersonal. Ungenügende materielle und finanzielle Ausstattung wird von 15 Prozent als Grund gegen inklusive Beschulung angegeben. Außerdem monieren 16 Prozent der Lehrkräfte die mangelnde Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Thema Inklusion. Diese Zahlen sind nach Meinung des VBE Baden-Württemberg klare und eindeutige Handlungsanweisungen an die Politik:

Stellt den Lehrerinnen und Lehrern die Rahmenbedingungen zur Verfügung, mit denen Inklusion gelingen kann!

Die Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg befürworten Inklusion. Sie geben aber auch ein **klares Bekenntnis zu den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ab**.

98 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer sind für den Erhalt der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Dieser Wert ist seit 2015 ungebrochen hoch. Das spricht für die herausragende Arbeit, die an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren geleistet wird. Hier sind die Rahmenbedingungen und die Expertise vorhanden, die dazu genutzt werden, um jedes Kind bestmöglich zu fördern. Mit dem Abbau von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren würde man sich deshalb an der Zukunft dieser Kinder versündigen!



Wie ist die bauliche Situation an den Schulen in Baden-Württemberg?

Nur 18 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg berichten, dass ihre Schule vollständig barrierefrei ist. 50 Prozent sagen hingegen, dass ihre Schule überhaupt nicht barrierefrei ist. Seit 2015 hat sich damit wenig getan, denn damals gaben 16 Prozent der Lehrkräfte an, dass ihre Schule barrierefrei ist. **Der Schulträger kommt seiner Verantwortung nicht nach!**

Trotzdem berichten 38 Prozent der Lehrkräfte, dass es mittlerweile inklusive Lerngruppen an ihrer Schule gibt, also deutlich mehr als 2015. Damals gaben nur 25 Prozent der Lehrkräfte an, dass an ihren Schulen inklusiv unterrichtet wird. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist auffällig, dass Baden-Württemberg die Umsetzung der Inklusion sehr zurückhaltend angeht. Deutschlandweit berichten 54 Prozent der Lehrkräfte von inklusiven Lerngruppen an den Schulen.

Wer Inklusion will, muss aber auch Schulgebäude entsprechend gestalten. **Barrierefreiheit allein reicht nicht!** Nötig sind zusätzliche Räume. Lobend ist zu erwähnen, dass deutschlandweit 79 Prozent der Lehrkräfte an Schulen mit inklusiven Lerngruppen berichten, dass an ihren Schulen Beratungszimmer zur Verfügung stehen. Es fehlt jedoch an Differenzierungsräumen und Arbeitsplätzen für Sonderpädagogen.

Von den 2015 befragten Lehrkräften in Baden-Württemberg gaben 13 Prozent an, in inklusiven Lerngruppen zu unterrichten. Mittlerweile sind es 19 Prozent. Wir sehen zwar eine Zunahme, dennoch liegt Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit berichten 36 Prozent, dass sie auch in inklusiven Lerngruppen unterrichten.

26 Prozent der Lehrkräfte in Baden-Württemberg geben dabei an, dass die Klassengröße von inklusiven Klassen im Vergleich zu nicht-inklusive Klassen verringert wurde. Wesentlich mehr, nämlich 64 Prozent berichten, dass die Klassengröße trotz der Aufnahme von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf beibehalten wurde. **Dies bedeutet, dass in diesen Fällen inklusive Beschulung ohne Rücksicht auf die Lerngruppengröße von der Administration durchgedrückt wird.** Was das für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler bedeutet, können Sie sich ausmalen.

Erhalten Lehrkräfte Unterstützung?

Besonders schwer wird inklusiver Unterricht, wenn eine Lehrkraft das alleine stemmen muss. 54 Prozent der Lehrkräfte in Baden-Württemberg berichten, dass aber genau das der Fall ist, dass für gewöhnlich eine Person in der inklusiven Lerngruppe unterrichtet. **Der VBE bleibt dabei: Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensivpädagogische Unterstützung.** Dies kann eine Lehrkraft allein, und in der den Kindern geschuldeten Qualität, in einer inklusiven Lerngruppe nicht leisten.

Dieser Meinung ist auch die überwältigende Mehrheit der baden-württembergischen Lehrkräfte.



95 Prozent sagen ganz konkret: Es braucht die Doppelbesetzung aus Lehrkraft und Sonderpädagoge in inklusiven Lerngruppen. 82 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg sprechen sich für eine konstante Doppelbesetzung aus. Damit ist klar: Die stundenweise Unterstützung muss ein Auslaufmodell werden, sie wird den Anforderungen nicht gerecht.

Das deckt sich ebenfalls mit der von uns in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage zur Berufszufriedenheit aus dem Februar letzten Jahres.

Hier sagten 85 Prozent der befragten Lehrkräfte, dass sie zu ihrer Unterstützung das Arbeiten in multiprofessionellen Teams für erforderlich halten. Diese Erkenntnis setzt sich auch in der Politik durch. Allein, die Taten fehlen. **Wie so oft ist es ein weiter Weg von der Erkenntnis zur Tat.**

Baden-Württemberg steht hier im Bundesvergleich allerdings nicht so gut da. Berichten auf Bundesebene je 67 Prozent, dass sie an ihrer Schule von Sozialpädagogen beziehungsweise -arbeitern unterstützt werden, so sind es in Baden-Württemberg nur 66 Prozent. Bei einer Fehlertoleranz der Umfrageergebnisse von 3 Prozent ist das keine relevante Aussage. Aber: 67 Prozent geben bundesweit an, dass sie von Sonderpädagogen unterstützt zu werden – in Baden-Württemberg sind dies nur 58 Prozent. **Das ist eine relevante Aussage. Hier besteht eindeutig Aufholbedarf für die Landesregierung.**

Das gleiche Bild ergibt sich bei der Frage, ob konkrete Ansprechpartner für Lehrkräfte, die in inklusiven Klassen unterrichten, zur Verfügung stehen.

Bundesweit bejahen dies 62 Prozent der Lehrkräfte. In Baden-Württemberg können diese Frage nur 53 Prozent der Lehrkräfte positiv beantworten. Noch gravierender ist, dass 77 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer berichten, dass es an ihrer Schule keine Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung von möglichen psychischen und physischen Belastungen durch die inklusive Unterrichtung gibt. Dieser Wert hat sich seit 2016 zwar um 8 Prozentpunkte verbessert – was wir auch anerkennen – die Zahl ist aber dennoch viel zu hoch und markiert ebenfalls einen eindeutigen Handlungsbedarf. Früher gab es Supervisionen und ähnliche Angebote, heute ist das den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen.

Wie läuft es mit der Vorbereitung auf inklusives Unterrichten?

Erschreckend ist die Entwicklung bei der Vorbereitung auf inklusives Unterrichten.

Berichteten 2016 17 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg, dass es kein besonderes Vorgespräch vor der Übernahme einer inklusiven Lerngruppe gegeben hat, so ist diese Zahl auf 36 Prozent angestiegen. Dieser Trend ist alarmierend. Hinzu kommt, dass bei 56 Prozent der befragten baden-württembergischen Lehrkräfte die Vorbereitungszeit auf das inklusive Unterrichten nur eine oder wenige Wochen betrug. **So zeigt sich, dass wir bei einem sanften Anstieg im inklusiv beschulten Unterricht einen gleichzeitigen Rückgang an Unterstützung zu verzeichnen haben. Das ist grotesk!**



Man müsste daraufhin annehmen, dass die Lehrkräfte wenigstens fachlich ausreichend qualifiziert werden, um den Herausforderungen in inklusiven Lerngruppen gerecht werden zu können. Das scheint zumindest teilweise der Fall zu sein. Der Prozentsatz der Lehrerinnen und Lehrer, die vor dem inklusiven Unterrichten keine Erfahrung im gemeinsamen Unterricht sammeln konnten, sank im Vergleich zum Vorjahr von 33 auf 28 Prozent.

Allerdings hat die Zahl der Lehrkräfte, die angeben, dass Inklusion kein Teil der Lehrerausbildung war, gegenüber dem letzten Jahr von 73 auf 77 Prozent zugenommen. Das ist ein schlechter Trend, der eigentlich in die umgekehrte Richtung weisen sollte. So gilt auch immer noch, dass mehr als 50 Prozent der Lehrkräfte, die inklusive Klassen unterrichten keine sonderpädagogischen Vorkenntnisse haben. **Wie Inklusion in der Praxis funktionieren soll, wenn Lehrkräfte nicht darauf vorbereitet werden, ist dem VBE ein Rätsel.**

An der Stelle muss gesagt werden, dass in die Lehrerausbildung sonderpädagogische Inhalte einfließen. Den Kolleginnen und Kollegen, die schon seit Jahren ihren Dienst tun hilft das aber nichts. Sie brauchen dringend ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot.

Jedoch, das Fortbildungsangebot, um sich auf die Arbeit mit inklusiven Schulklassen vorzubereiten, beurteilen die Lehrkräfte in Baden-Württemberg durchschnittlich mit der Note 4,1.

Die Note ist damit seit der letzten Erhebung des VBE gleichgeblieben. So viel also zum Thema „dringend notwendiges qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot“. Und es sticht heraus, dass das Fortbildungsangebot besonders schlecht bei denjenigen Lehrkräften abschneidet, an deren Schule eine inklusive Lerngruppe erstmals geplant ist. Diese Lehrkräfte bewerten das Fortbildungsangebot mit 4,4. Diese Zahl deutet darauf hin, dass sich Lehrerinnen und Lehrer **nach wie vor schlecht auf inklusiven Unterricht vorbereitet fühlen** und das Ministerium haarscharf an der Nicht-Versetzung vorbei schrammt.

Ein empfindliches Thema beim inklusiven Unterricht: Medikation

Die Medikation von Kindern mit Behinderung übernimmt in 24 Prozent der Fälle die Lehrkraft. Und nur, falls Sie fragen: die Lehrerausbildung ist momentan noch damit beschäftigt, überhaupt das Thema Inklusion in das Curriculum zu bekommen. **Medizin ist kein Teil der Ausbildung von Lehrkräften.**

Im März dieses Jahres haben wir deshalb gemeinsam mit dem **Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte** die Gesundheits- und Kultusministerien auf Bundes- und Landesebene angeschrieben, und dazu aufgefordert, **Schulgesundheitsfachkräfte, wie sie in anderen Ländern gang und gäbe sind, einzuführen.** Vom baden-württembergischen Kultus- und Gesundheitsministerium gab es hierzu keine Rückmeldung. Wer Inklusion möchte, muss einsehen, dass wir



Schulgesundheitsfachkräfte brauchen. Lehrkräfte, die Medikamente verabreichen, begeben sich in eine rechtliche Grauzone.

Noch zu der Frage, um welche „andere“ Länder es sich handelt: In Deutschland befassen sich Brandenburg und Hessen in Zusammenarbeit mit der AOK mit dem Thema Schulgesundheitsfachkräfte. Außerhalb Deutschlands sind es vor allem Großbritannien und die Vereinigten Staaten, in denen Schulgesundheitsfachkräfte eine lange Tradition haben. Klar zeigt die HBSC (Health Behaviour in School-aged Children) Studie einen Handlungsbedarf für Deutschland, denn nicht nur zur Medikation sind Schulgesundheitsfachkräfte unerlässlich in inklusivem Unterricht.

Unterstützungsbedarf nach Förderschwerpunkt

In der Abfrage, welche Kinder mit entsprechendem Förderschwerpunkt den höchsten Unterstützungsbedarf haben, zeigt sich eindeutig: Es sind die Kinder mit dem Förderbedarf bei der **emotional-sozialen Entwicklung**. 88 Prozent attestieren diesen Kindern einen hohen Förderbedarf.

Hierzu hat der VBE im April die Expertise von Professor Ahrbeck veröffentlicht, in der er analysiert, was Kinder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen für ihre Förderung benötigen.

Zum einen ist es für diese Kinder wichtig, **Beziehungen aufzubauen** und zum anderen, dem Kind zu ermöglichen, auch **je nach Bedarf kurzweilig von der Lerngruppe getrennt zu werden**. Mit stundenweisem Einsatz von Sonderpädagogen und ohne Differenzierungsräume ist das nicht möglich. Mit Nachdruck fordert der VBE Baden-Württemberg angesichts einer Verdopplung der Schülerinnen und Schüler mit diesem Förderschwerpunkt in den letzten 15 Jahren die permanente Doppelbesetzung durch Lehrkraft und Sonderpädagoge.

Zusammenfassung

Die Personalsituation bleibt auch im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen zum Zerreißen angespannt. Das zeigt die Bewertung durch die baden-württembergischen Lehrkräfte mit der **Schulnote 4,5**. Festzustellen ist ebenfalls, dass die Zahl inklusiver Lerngruppen stetig steigt, obwohl die schulbauliche Situation darauf nicht ausgelegt ist, die Doppelbesetzung nicht flächendeckend umgesetzt wird und die Klassengrößen unverändert bleiben. Zudem werden die Lehrkräfte bei der Umsetzung der Inklusion weder ausreichend vorbereitet, noch adäquat unterstützt.

Das muss sich ändern! Für gelingende Inklusion muss das Vertrauen der Lehrkräfte zurückgewonnen werden. Dafür bedarf es massiver Investitionen, damit die Gelingensbedingungen hergestellt werden können. Deswegen fordert der VBE:

- 1. die Doppelbesetzung aus Lehrkraft und Sonderpädagoge**
- 2. die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams**
- 3. qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungen**
- 4. den Erhalt der SBBZ**



**5. die Erfüllung schulbaulicher Voraussetzungen
6. und kleinere Klassen in inklusiven Settings**

Wir stellen fest:

Land, Städte und Gemeinden wollen Inklusion, aber keiner kommt seinen Aufgaben und seiner Verantwortung nach. Auf Distanz gesehen scheint Inklusion ein leichtes Thema zu sein. Aber in der Schule, im konkreten Umgang mit den Kindern, machen Lehrerinnen und Lehrer ihren Job – und die fühlen sich komplett allein gelassen! Inklusion ist kein Thema für Sonntagsreden, sondern eine ernste Aufgabe – die wir nicht ohne Bereitstellung zusätzlicher Mittel stemmen können, sonst bleibt Inklusion eine Vision.